

# NS-Netzwerken auf der Fährte

## Das KIT lässt seine Geschichte aufarbeiten

Von unserem Redaktionsmitglied  
Klaus Gaßner

**Karlsruhe.** Der Archivleiter des Forschungszentrums Jülich, Bernd Rusinek, soll Licht in das Nachkriegsdunkel der Karlsruher Forschungsgeschichte bringen. Das Karlsruher Institut für Technologie KIT hat dem Historiker, der auch an der Universität Düsseldorf lehrt, den Auftrag erteilt, die NS-Verstrickungen von Personal des ehemaligen Forschungszentrums aufzuarbeiten. Bis Oktober 2014, schätzt Rusinek, werde sein Gutachten vorliegen. Der Historiker hat reichlich Erfahrung bei dieser Tätigkeit: Rusinek verfasste



BERND RUSINEK wird die Geschichte des Forschungszentrums erarbeiten.

„Man wusste voneinander,  
aber man schwieg“

eine 800 Seiten starke Geschichte des Forschungszentrums Jülich und legte dabei starken Wert auf die „Geisteshaltung der fünfziger Jahre“.

„Die Diskussion über den Umgang mit NS-belasteten Forschern erfolgte nach 1945 mit unterschiedlicher Intensität“, sagt Rusinek. „Bis 1949 gab es in Deutschland eine öffentliche Debatte

über Verstrickungen in die nationalsozialistische Diktatur.“ Es wurde auch darüber nachgedacht, wie

vertriebene jüdische Wissenschaftler wieder zurück nach Deutschland geholt werden könnten.

Dieser Diskurs ebnete aber in den fünfziger Jahren ab. Und an seine Stelle trat mehr und mehr eine „Diskursverhinderung“, wie Rusinek sagt. Es sei eine Zeit gewesen, „in der man keine Fragen stellte“. Im Bereich der naturwissenschaftlichen oder atomtechnischen Forschung agierten wohl bundesweit rund „80 Männer mit NS-Vergangenheit“, schätzt der Forscher. „Die kannten sich, wussten voneinander: aber man schwieg.“

Geeint waren die Wissenschaftler im Bestreben, der Welt zu zeigen, zu was sie fähig sind. „Wir können auch Friedensphysik – nicht nur Waffenproduktion.“ Dieses Schweigekartell zu zerschlagen, war nicht einfach, wie Rusinek weiß, etliche seien daran gescheitert. Professoren aber auch der akademische Mittelbau zögerten, Forschungen zu unterstützen, die zu unbequemen Erkenntnissen hätten führen können. Ausländische Studenten hatten es eh schwer, entsprechende Forschungspläne durchzusetzen.

Während bei Germanisten und Geisteswissenschaftlern die kritische Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit



DAS KARLSRUHER FORSCHUNGSZENTRUM – gleich nach der Gründung waren hier Wissenschaftler tätig, die bereits im Dritten Reich an maßgeblicher Stelle beschäftigt waren. Ein Gutachten soll nun den Umfang dieser Verbindungen erhellen. Fotos: Archiv/pr

zuerst einsetzte, zeigten sich technische und Ingenieurwissenschaften eher robust. „Ganz einfach: Bei Germanisten ist die NS-Ideologie oft schon im Titel herauszulesen.“ Wenn jemand in der Chemieforschung arbeitete, war das nicht so einfach. Nicht jeder, der in kriegswichtigen Anlagen forschte, war auch ein Nazi – und manch einer wusste sogar nicht einmal, wozu seine Tätigkeit letztendlich führen sollte.

Im Forschungszentrum verfügte nachweislich eine ganze Reihe von Führungskräften über eine Vorgeschichte in der NS-Diktatur. Die Juristen oder Ingenieure waren etwa beim Industrie-konzern IG Farben oder in Staatsstellen tätig. Der frühere Geschäftsführer Ru-

dolf Greifeld arbeitete seinerseits als Kriegsverwaltungsrat für die Militärregierung in Paris. Der 1984 verstorbene Jurist wies zu seinen Lebzeiten Vorwürfe zurück, er sei dabei mit antijüdischen Aktionen befasst gewesen und habe in dieser Tätigkeit „den Führer“ getroffen. Es gibt indes ein Foto, das ihn an der Seite Hitlers zeigt.

Greifeld, der sich in seiner Amtszeit stark für die Zusammenarbeit zwischen Forschungszentrum und Universität Karlsruhe eingesetzt hat, wird noch heute als Ehrensensator des KIT geführt. Seit eine Initiative um den ehemaligen Betriebsrat des Forschungszentrums, Dietrich Schulze, die Aberkennung des Ehrensensatortitels fordert, wurde die

Frage „NS-Vergangenheit“ immer vernehmlicher gestellt. Rusinek wird sich jetzt in Karlsruhe zunächst an die Aufarbeitung der Personalakten machen. Aus den persönlichen Beziehungen zwischen tätigen Führungskräften erhofft er sich dann, einen „strukturorientierten Blick“ auf die ersten Jahre im Forschungszentrum werfen zu können.

Die könnten zu Erkenntnissen führen, die aus heutiger Sicht bedeutender sind als die Frage nach individueller Schuld oder Nicht-Schuld: Gab es ein Netzwerk in der Karlsruher Forschungslandschaft, das etwa bestimmte Personengruppen benachteiligte? Oder versuchte eine Lobbygruppe Einfluss auf die deutsche Atompolitik zu nehmen?